

200 Betriebsräte diskutieren auf einer Fachkonferenz über die Zukunft der Automobilindustrie

Auf Innovationen setzen

Über 200 Betriebsräte diskutierten in Leinfelden auf einer Fachkonferenz mit prominenten Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft über die Zukunft der Automobilindustrie.

Die Beschäftigten im Fahrzeugbau und seinen Zulieferern setzen neben den Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen ihre Prioritäten vor allem bei der Sicherheit des Arbeitsplatzes und auf gute Verdienstmöglichkeiten. Mit der Entwicklung der genannten Faktoren könne man aber nicht zufrieden sein, betonte IG Metall Bezirksleiter Berthold Huber auf der Fachkonferenz (Thema: „Deutsche Automobilindustrie - mit Innovationen und Qualität in die Zukunft“). „Wir brauchen neue Antworten und neue Leitbilder in der Tarifpolitik“, so Hubers Fazit.



Foto: Martin Storz, Graffiti

Produktivitätspakt angeboten

Der IG Metall Bezirksleiter bot den Unternehmern des Fahrzeugbaus an, „mit der IG Metall und ihren Betriebsräten einen neuen Produktivitätspakt zu suchen, der den Anforderungen eines weltmarktorientierten Fahrzeugbaus genügt, aber auch die spezifischen Stärken Deutschlands aufnimmt“. Die Politik forderte Berthold Huber auf, den Pakt mit Innovationen in Bildung und Forschung zu unterstützen.

Über 200 Betriebsräte diskutierten mit Ministerpräsident Erwin Teufel, Ruth Fischer-Pusch und Berthold Huber (IG Metall), Professor Dr. Jürgen Hubbert (Vorstandmitglied DaimlerChrysler) und Prof. Ulrich Jürgens (Leiter der Abteilung „Regulierung der Arbeit“, Wissenschaftszentrum Berlin). Von rechts nach links.

Bei dem baden-württembergischen Ministerpräsident Erwin Teufel fand der Metaller ein offenes Ohr: „Wir wollen, dass auch das Automobil des 21. Jahrhunderts die Handschrift baden-württembergischer Facharbeiter, Meister und Ingenieure tragen wird“.

Mit Innovationen aus der Krise

Professor Dr. Jürgen Hubbert, PKW-Vorstand bei DaimlerChrysler schloss nicht aus, dass dem Automobilbau eine neue Krise wie Anfang der neunziger Jahre drohe. Sein Konzept, um diese Phase zu meistern: „Innovationen auf allen Gebieten“. Nur so seien eine größtmögliche Sicherheit des Autos und emissionsfreie Antriebsmodelle zu erreichen. Dazu gehöre beispielsweise einen Weg zu finden,

der es ermögliche das Brennstoffzellenauto auf ein Kostenniveau eines normalen Autos zu drücken.

„Auf Innovationen zu setzen ist eine richtige Entscheidung“, betonte auch Professor Ulrich Jürgens vom Wissenschaftszentrum Berlin. Dafür sei aber der Staat „als Innovationsmotor unverzichtbar“. Ohne Regelun-

gen durch den Staat würden Innovationen nicht so greifen, so der Wissenschaftler.

Am Nachmittag diskutierten die Betriebsräte in vier Foren unter anderem über Beschäftigungssicherung, Arbeitszeitor-organisation, Innovationsmanagement, Gestaltung von Fertigungsstrukturen und Internationalisierung von Produktionen.

Korrektur

Projekt QWAI: Bei den Telefonnummern zum Projekt QWAI in metall 10/2002 auf Seite 32 hat sich ein Fehler eingeschlichen. Die Telefonnummer von Projektmitarbeiter Manuel Strack lautet richtig: 0711-135340-30. Mehr Infos zu QWAI im Internet unter www.qwai.de.

Großen Respekt

„Ich habe großen Respekt vor ihrer Arbeit. Auch weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass wir kaum eine wichtigere Ressource haben als die soziale Partnerschaft in unseren Betrieben“
Ministerpräsident Erwin Teufel (Baden-Württemberg) auf der Automobilkonferenz zu Betriebsräten



Foto: Martin Storz, Graffiti

Beschäftigte aus den Unternehmen der Informationstechnik und Telekommunikation demonstrieren

Intelligente Alternativen!

In den Unternehmen der Informationstechnik (IT) und Telekommunikation formiert sich der Widerstand gegen den Arbeitsplatzabbau. In Böblingen demonstrierten weit über 1000 Beschäftigte für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

„Statt konzeptionslos weiter abzubauen und zu entlassen, sind intelligente Alternativen und mutige Entscheidungen erforderlich, um die Krise zu bewältigen und die Beschäftigten zu halten“, betonte IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel auf der Kundgebung im Böblinger Ortsteil Hulb. So seien Arbeitszeitverkürzung, Altersteilzeit, Vorruhestand, Teilzeit, Kurzarbeit, Sabbaticals und Time-out-Programme intelligente Maßnahmen zur Krisenbewältigung, so Klaus Zwickel.

Allein in der Region Stuttgart sind bei IT und TK über 5000 Arbeitsplätze in Gefahr. So sollen nach dem Zusammenschluss von Compaq und HP in dem neuen Unternehmen mehr als 1000 Arbeitsplätze abgebaut werden.

STP, das frühere Leiterplattenwerk von IBM, steht mit seinen



Foto: Martin Storz, Graffiti

820 Beschäftigten vor dem endgültigen Aus.

Bei T-Systems wurde ein Personalabbau von bis zu 3.500 Stellen angekündigt. 1991 arbeiteten bei Alcatel SEL noch 20.000 Menschen. „Jetzt bewegen wir uns auf 7000 Beschäftigte zu“,

berichtete Alois Süß, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates, den anwesenden Demonstranten von von Agilent, Alcatel-SEL, Compaq, HP, IBM, STP, SMST und T-Systems. Allein in diesem Jahr sollen bei Alcatel-SEL rund 1.200 Arbeitsplätze wegfallen. Im nächsten Jahr können die Zahlen noch höher sein, befürchtet Alois Süß.

Hart ging Alois Süß mit der Landesregierung ins Gericht: „Der Wirtschaftsminister weiht jede Würstelbude ein, es wäre gut wenn er sich einmal um die Zukunftsbranche kümmern würde“. Und Jürgen Stamm, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Stuttgart ergänzte: „Wofür haben wir dann einen Wirtschaftsminister, wenn er meint er könne sich aufs Zuschauen beschränken“. Metaller Stamm forderte Politik und Wirtschaft auf, umzudenken und mit langfristigen Strategien die Leistungsträger zu halten.

Weit über 1000 Beschäftigte der IT- und TK-Branche demonstrierten in Böblingen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze

Umzug

Neue Adresse der IG Metall-Bezirksleitung: Die IG Metall-Bezirksleitung für Baden-Württemberg zieht zum November dieses Jahres um. Ab 11. November lautet die neue Adresse: Stuttgarter Straße 23, 70469 Stuttgart. Bei den Telefonnummern bleibt alles beim alten. Das neue Domizil liegt in Feuerbach, einem der traditionsreichen Industriestandorte Stuttgarts, ganz in der Nähe zum Beispiel von Bosch. Das Büro der Bezirksleitung ist künftig mit öffentlichen Verkehrsmitteln leichter zu erreichen als bisher. Vom Bahnhof Feuerbach (S-Bahn, Stadtbahn) sind es nur rund fünf Minuten zu Fuß in die Stuttgarter Straße.



CAD-Anwendungsberater, IG Metaller und Maler Peter Schmidt hat einen Fabrik-Kalender (6 Euro) herausgegeben. Zu beziehen ist der 7-seitige Kalender telefonisch: 07141-26 01 40. Infos auch im internet: www/oma-maier.de.

Dr. Erhard Eppler und Dr. Detlev Hensche mit der „Mannheimer Medaille“ ausgezeichnet

Gegen den Mainstream

Vor mehr als 300 Gästen wurden Dr. Erhard Eppler (ehemaliger Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) und Dr. Detlev Hensche (ehemaliger Vorsitzender der IG Medien) von der Mannheimer IG Metall mit der „Mannheimer Medaille“ ausgezeichnet.

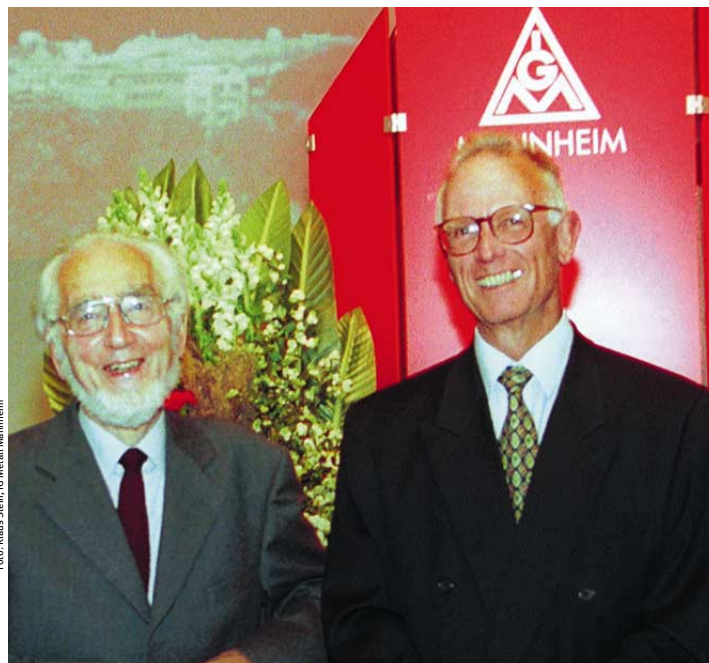
„Es gibt Menschen aus unseren Reihen, die den Mut zum Wandel geradezu personifizieren“, betonte IG Metall Bezirksleiter Berthold Huber in seiner Festrede im Mannheimer Stadthaus. Erhard Eppler und Detlev Hensche seien solche Menschen, die als Intellektuelle, wahrlich nicht den Mainstream verkörpern hätten, so der Berthold Huber.

Mit seiner Fähigkeit zu erkennen, was hinter dem Vordergrund liege, ist Erhard Eppler

ler für den IG Metall Bezirksleiter „zu einer moralischen Institution des politischen Wirklichkeits sinns geworden“.

Detlev Hensche habe nie klein beigegeben, „sondern sich und anderen Mut gemacht, um den Status Quo verändern zu können“, so in der Festrede Berthold Hubers weiter.

Mit der Ehrung erinnerte die IG Metall Mannheim an das Abkommen zwischen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und den freien Gewerkschaften im Jahre 1906. Um die Bedeutung des Mannheimer Abkommens zu unterstreichen, wurde zum zehnten Mal die „Mannheimer Medaille“ an je einen Vertreter der Gewerkschaftsbewegung und der Politik verliehen.



Dr. Erhard Eppler (links) und Dr. Detlev Hensche wurden mit der „Mannheimer Medaille“ ausgezeichnet

Agentur Q hat seine Arbeit aufgenommen

Beratung für die Weiterbildung

Betriebsräte und Unternehmen können sich in Sachen betrieblicher Weiterbildung kompetent beraten lassen. Die Agentur Q hat ihre Arbeit aufgenommen.

Wie Betriebsräte und Unternehmen den Tarifvertrag zur Qualifizierung in der betrieblichen Praxis umsetzen können, ist einer der Hauptaufgaben der Agentur Q.

Gegründet vom Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg (Südwestmetall) und der IG Metall Baden-Württemberg soll die Agentur vor allem kleine und mittlere Unternehmen bei der Organisation der betrieblichen Weiterbildung unterstützen. Hierfür stehen den Unternehmen und den Betriebsräten zwei Berater zur Verfügung.

Erhard Pusch (ehemaliger Bezirkssekretär der IG Metall in

Bayern) und Hans-Joachim Hoss (früher Personalentwicklung in diversen Unternehmen) können auch als Schlichter hinzugezogen werden, wenn es in den Firmen zwischen Betriebsräten und

Unternehmensleitung zu Konflikten bei der betrieblichen Weiterbildung kommt.

Zu erreichen ist die Agentur Q: Telefon 0711-3659188-0 oder Email: Info@AgenturQ.de

Atlas-Copco: Nur noch teilweise verlagert

Protest und Konzepte

Im Sommer plante die Geschäftsleitung der Atlas Copco Elektrowerkzeuge GmbH in Winnenden die Verlagerung von 300 Arbeitsplätzen nach Tschechien. Proteste und neue Belegschaft-Konzepte brachten einen Teilerfolg.

Nur 150 Arbeitsplätze sollen jetzt noch verlagert werden. Dies sieht ein Beschäftigungs- und Standortsicherungsvertrag vor, dem auch der Aufsichtsrat zugestimmt hat. Möglich war der Teil-

erfolg durch Protestaktionen während der Aufsichtsratssitzung und neue Konzepten der Belegschaft. Diese hatten über hundert Vorschläge erarbeitet, mit denen die Abläufe im Unternehmen verbessert werden können.

„Nur deshalb hat die Unternehmensleitung den ursprünglichen Plan zurückgenommen“, betonte Dieter Knauss, Erster Bevollmächtigter der IG Metall im Rems-Murr-Kreis.

Erfolge

► **Weru, Ruderberg: Nach Protest wird Lohnerhöhung bezahlt**

Die Weru-Eigner, der Frankfurter Triton-Fund, hatten Aufsichtsrat und Vorstand angewiesen, die vereinbarte Erhöhung der Löhne und Gehälter bis 2003 auszusetzen und dann vom Betriebsergebnis abhängig zu machen. Die Folge: Die Weru-Beschäftigten im schwäbischen Rudersberg waren empört. Auf einer IG Metall-Mitgliederversammlung beschlossen sie Protestaktionen bei der damals bevorstehenden Jahreshauptversammlung, wenn der Vorstand seine Ankündigung nicht innerhalb von 48 Stunden zurücknimmt. Gleichzeitig bereiteten sie Formulare für die gerichtliche Geltendmachung vorenthaltener Löhne und Gehälter vor. Als dies alles bekannt wurde, gab der Vorstand auf.